



Liebe Leserinnen und Leser,

effizienter vernetzte Geschäftsprozesse, eine optimalere Work-Life-Balance, bessere Möglichkeiten für Frauen, (wieder) beruflich tätig zu werden – die zunehmende Digitalisierung unserer Arbeitswelt eröffnet zahlreiche Chancen. Gleichzeitig begleiten diese Neuerungen eine Diskussion, die Arbeitsgesetze zu verändern. Im Fokus stehen flexibles Arbeiten sowie ein Wechsel von der Tages- auf eine Wochenhöchst Arbeitszeit.

Es ist verantwortungsvolle Politik, technische Fortschritte keineswegs als Automatismus zu verstehen. Sie sind vom Menschen gestaltet und sollten daher mit Leitplanken flankiert werden. Insbesondere das im Arbeitszeitgesetz und im Arbeitsschutzgesetz vorhandene Niveau für gesundes Arbeiten muss erhalten bleiben. Standards für neue Arbeitsweisen wollen wir wissenschaftliche Erkenntnisse zugrunde legen. So steht es in einem Positionspapier, das die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an diesem Dienstag unter dem Titel „Zukunft gestalten, Flexibilität neu denken, Schutzstandards erhalten“ beschloss.

Das Arbeitszeitgesetz ist ein Schutzgesetz, von dem alle Beschäftigte profitieren, auch die in Betrieben und Unternehmen ohne Tarifbindung. Seine Bestimmungen sind durch wissenschaftliche Erkenntnisse gedeckt. Hieran darf nicht gerüttelt werden. Ausnahmeregelungen sind möglich, aber an sozialpartnerschaftliche Vereinbarungen gekoppelt. Mit den Ergebnissen eines forschungsbasierten Fachdialogs wollen wir die Sozialpartner in ihrer Diskussion über tarifliche beziehungsweise betriebliche Regelungen, die mehr Flexibilität eröffnen, unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



KURZ UND BÜNDIG

12. September

Gemeinderatsfraktion
Cremlingen

14. September

CDA Wolfenbüttel

14. September

Gesprächstermin Lebenshilfe

15. September

GINKGOFEST der
Handwerkskammer
Braunschweig-Lüneburg-
Stade

16./17. September

Bundesvorstandssitzung der
CDA

17. September

40 Jahre Jugendfeuerwehr
Abbenrode

18. September

70 Jahre CDU Hallendorf

TERMINE

25.-30. September

Sitzungswoche Berlin

30. September 19Uhr

Kreistagsfraktion
Konstituierung

02. Oktober

Treffen der Landesverbände
der CDA

03. Oktober 11Uhr

Deutschlandfrühstück,
Kammerkrug, Salzdahlum



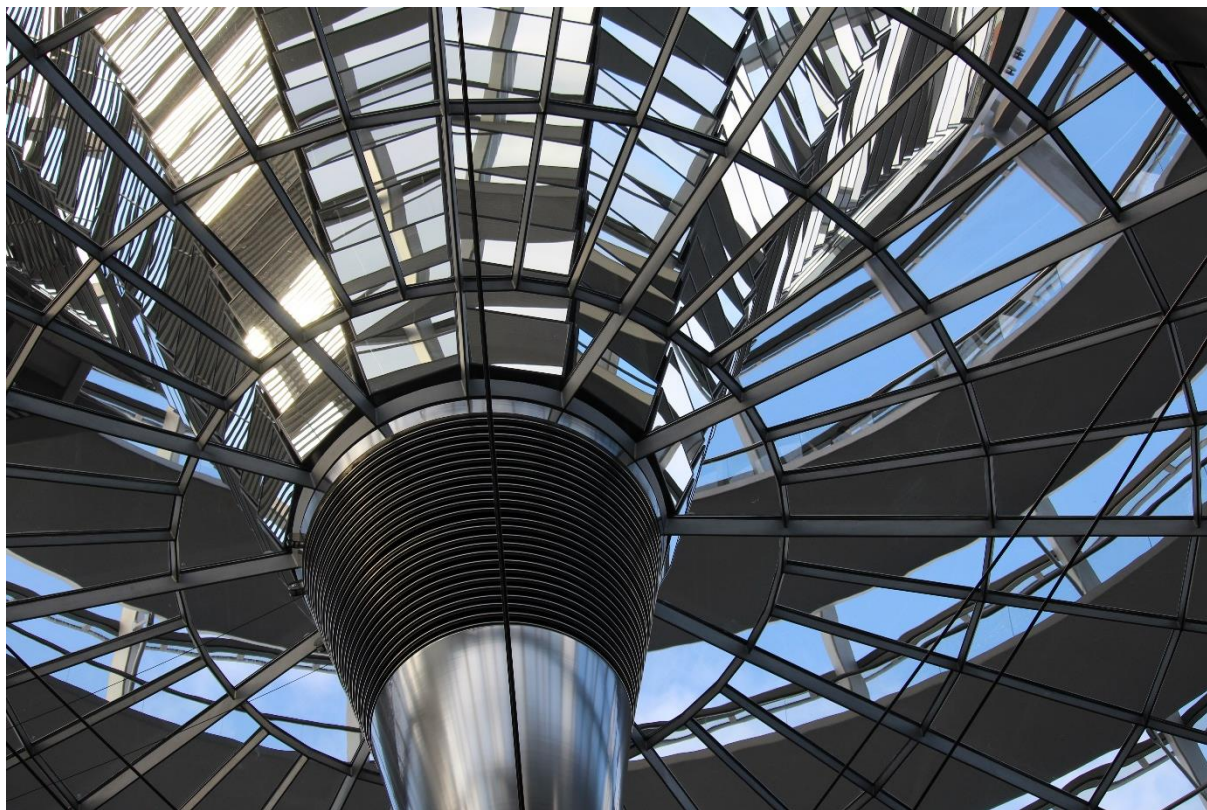
Flexi-Rente trägt die Handschrift der Union

Diese Woche hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Flexi-Rente beschlossen. Es ist gut und wichtig, dass wir nun mit dem Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung der Flexi-Rente starten. Wir setzen mit diesem wichtigen Gesetzespaket die gemeinsame Vereinbarung der Koalition aus dem Rentenpaket um. Der Entwurf trägt die Handschrift der Union.

Mit der Flexi-Rente erreichen wir gleich mehrere wichtige Ziele. Wir ermöglichen und belohnen längeres Arbeiten. Damit senken wir auch die Gefahr von Altersarmut. Wer neben der Rente arbeitet, kann zukünftig auch seine späteren Rentenansprüche weiter aufbessern. Zudem lässt sich der Übergang von Arbeit zum Ruhestand fließender und individueller gestalten. Die Flexi-Rente schafft damit einen Gewinn für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Wir wollen aber Frühverrentung vermeiden und Anreize zum frühen "Job-Ausstieg" minimieren. Hinzuverdienstgrenzen bei vorgezogenen Altersrenten bleiben deshalb bestehen, das Hinzuverdienstrecht wird aber wesentlich vereinfacht.

Durch ein präventives Reha-Konzept wollen wir außerdem die Zahl derjenigen, die frühzeitig in Rente gehen müssen, dauerhaft verringern. Versicherte werden gezielt darüber informiert, welche Gestaltungsmöglichkeiten es für den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand gibt. Jedes Mitglied der gesetzlichen Rentenversicherung wird darüber informiert werden, wie sich das Vorziehen oder Hinausschieben des Rentenbeginns auf die finanziellen Leistungen auswirkt.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Einer von uns in Berlin –
Sitzungswochen vom 19. bis 23.
September 2016

Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer Gesetze. Mit dem Gesetz, das wir in erster Lesung berieten, führen wir in der Arbeitnehmerüberlassung eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten sowie eine Gleichstellung hinsichtlich des Arbeitsentgeltes gegenüber den Stamarbeitnehmern nach 9 Monaten ein. Abweichungen hiervon sind unter bestimmten Voraussetzungen durch Tarifverträge möglich. Darüber hinaus führen wir eine Berücksichtigung von Zeitarbeitnehmern bei den Schwellenwerten im Betriebsverfassungsgesetz ein und stellen klar, wie das Arbeitnehmerverhältnis in Abgrenzung zu einem Werk- oder Dienstleistungsverhältnis zu definieren ist. Um darüber hinaus den Missbrauch bei Werk- und Dienstvertragskonstellationen vorzubeugen, soll der Arbeitgeber künftig von vornherein festlegen müssen, ob der Arbeitnehmer per Zeitarbeit beschäftigt wird.

Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG). In erster Lesung diskutierten wir, wie die gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention weiterentwickelt und gestärkt werden kann. Dazu planen wir, die Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe in das neu gefasste SGB IX – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen zu überführen, das damit zu einem Leistungsgesetz aufgewertet wird. Fachleistungen der Eingliederungshilfe

werden damit künftig klar von den Leistungen zum Lebensunterhalt getrennt und finanziert.

Gesetz zu dem Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015. Gemeinsam beschließen wir das auf der Klimakonferenz in Paris 2015 beschlossene Klima-Übereinkommen, das Deutschland am 22. April 2016 in New York unterzeichnet hat. Wir geben damit ein klares Signal, dass wir den Klimaschutz weiter vorantreiben werden. Durch die kurze parlamentarische Beratung innerhalb der Sitzungswoche stellen wir dabei sicher, dass Deutschland stimmberechtigt an der 1. Vertragsstaatenkonferenz zum Klimaabkommen von Paris teilnehmen kann.

Drittes Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften (Drittes Pflegestärkungsgesetz – PSG III). Mit dem Dritten Pflegestärkungsgesetz, das wir in erster Lesung berieten, wollen wir die Handlungsmöglichkeiten der kommunalen Ebene verbessern und so dafür sorgen, dass pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich zu Hause in ihrem gewohnten Umfeld verbleiben können. Den Ländern geben wir dazu die Möglichkeit, neue Gremien und Modellprojekte zur Koordination, Kooperation und Steuerung zu schaffen. Kommunen geben wir die Möglichkeit, ihre Beratungsleistungen auszuweiten und aufzuwerten. Gleichzeitig vollziehen wir den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff auch in der Sozialhilfe nach, passen Vorgaben zur Bekämpfung von Abrechnungsbetrug an und erhalten die Hilfe zur Pflege in ihrer Funktion als ergänzende Leistung.

Viertes Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes. Der Bund erhebt die LKW-Maut auf rund 12.800 Kilometern Bundesautobahnen sowie auf rund 2.300 Kilometern autobahnähnlicher Bundesstraßen. Obgleich LKW sämtliche



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU



Bundesstraßen befahren und die Verkehrsinfrastruktur damit belasten, ist der Großteil der etwa 40.000 Kilometer Bundesstraßen nicht mautpflichtig. In erster Lesung berieten wir die Ausdehnung der LKW-Maut ab Mitte 2018 auf alle Bundesstraßen. So soll die Finanzierung der Bundesfernstraßen verbessert werden, um so eine moderne, sichere und leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur in Deutschland zu gewährleisten.

Wussten Sie schon...?

..., dass der Deutsche Bundestag ein ökologisches Parlament ist? Solartechnik, Geothermie, Blockheizkraftwerke, Kraft-Wärme-Kopplung und nachwachsende Rohstoffe finden allesamt Verwendung im Deutschen Bundestag.



Daten und Fakten

Lohnspreizung aufgehalten. Der Verdienstabstand zwischen Gering- und Besserverdienern ist zwischen 2010 und 2014 nahezu konstant geblieben. Bekamen Spitzenverdiener im Jahr 2010 noch den 3,45-fachen Bruttostundenlohn einer Person mit niedrigem Einkommen, ist dieses Verhältnis im Jahr 2014 leicht auf 3,41 gesunken. Gleichzeitig stiegen in allen Einkommensklassen die absoluten Bruttostundenlöhne – der mittlere Stundenlohn lag 2014 bei 16,65 Euro. Besonders deutlich ist der Rückgang der

Lohnspreizung im Osten Deutschlands. Der Abstand zwischen Gering- und Besserverdienern sank hier im Vergleichszeitraum von 3,45 auf 3,16. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch beim Anteil der Beschäftigten mit Niedrig- und Hochlohn. Während der Anteil der Beschäftigten mit Niedriglohn – Erwerbstätige mit weniger als zwei Drittel des mittleren Verdienstes – seit 2010 nicht weiter gewachsen ist und im Jahr 2014 unverändert bei 20,6 Prozent lag, ist der Anteil von Beschäftigungsverhältnissen mit Hochlohn – mit mehr als dem Anderthalbfachen des mittleren Verdienstes – im selben Zeitraum um 0,9 Prozentpunkte auf 19 Prozent gestiegen. Auswirkungen des zum 1.1.2015 eingeführten gesetzlichen Mindestlohns können an den Ergebnissen nicht abgelesen werden. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Stark durch berufliche Bildung. Der Übergang von der Bildung in das Berufsleben funktioniert in Deutschland so gut wie in fast keinem anderen Land. Das geht aus dem diesjährigen OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick 2016“ hervor. Die Erwerbslosenquote in Deutschland liegt in allen Bildungsbereichen unter dem OECD-Durchschnitt: Im Tertiärbereich, in den etwa Hochschulen und Fachakademien fallen, beträgt die Quote der Erwerbslosen nur 2,3 Prozent (OECD-Durchschnitt: 4,9 Prozent). Auffallend niedrig ist die Erwerbslosenquote mit 4,3 Prozent insbesondere auch für Personen mit mittleren Qualifikationen (Sekundarbereich II). Diese Quote hat sich in den letzten 10 Jahren in Deutschland von 11,0 Prozent in 2005 mehr als halbiert, während sie im OECD-Durchschnitt von 6,3 Prozent auf 7,3 Prozent gestiegen ist. Die positiven Beschäftigungsergebnisse sind eng mit den Stärken des beruflichen Bildungssystems in Deutschland verknüpft. Mehr als die Hälfte



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



(51 Prozent) der 25- bis 34-Jährigen wählt diesen Weg als Einstieg in eine qualifizierte Berufs- bzw. Erwerbstätigkeit. Dies ist der zweithöchste Wert im OECD-Vergleich (OECD-Durchschnitt: 26 Prozent). (Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung)

Besuch in Berlin

Kyffhäuser-Kameradschaft Berel besucht Bundestag. Einen Blick in die bundesdeutsche „Politik-Werkstatt“ warf nun eine 23-köpfige Gruppe der Kyffhäuser-Kameradschaft Berel. Nach einem Informationsvortrag auf der Besuchertribüne des Deutschen Bundestages stand ein Gespräch mit einem meiner Mitarbeiter an (ich selbst war auf dem Weg zur Sitzung des Bundesvorstands der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft, CDA).



Dabei interessierten sich die Besuch u.a. für die Abläufe in Wahlkreis- und Sitzungswochen, und wie der Schreibprozess einer Rede aussieht. Den anschließenden Gang auf die Kuppel verschönerte ein sonniger Nachmittag.

Für den Wahlkreis Wolfenbüttel/Salzgitter

Keine Wohnsitzauflage für Flüchtlinge. Das rot-grün regierte Niedersachsen verzichtet auf die Anwendung der Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge. Das ist meiner Meinung nach falsch!

Mit der Wohnsitzregelung hat der Bund den Ländern ein effektives Werkzeug zur Förderung der Integration an die Hand gegeben. Gerade in Flächenstaaten kann damit einer Ghettobildung wirksam entgegengewirkt werden. Bayern macht das mal wieder vor. Wer wie die rot-grüne Regierung in Niedersachsen jetzt Mittel zur Integration der vielen Zuwanderer ungenutzt lässt, handelt unverantwortlich und schafft Probleme in der Zukunft.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU

